

ANTRAG AUF WOHNBEIHLIFE

An die
Magistratsabteilung 50
Wohnbeihilfe
Heiligenstädter Straße 31/Stiege 3
1190 Wien

Nur von der MA 50 auszufüllen!									
GZ: /			FA:		EHF:		Gemeinde <input type="checkbox"/>		
							Mietwhg <input type="checkbox"/>		
							Eigentum <input type="checkbox"/>		
FU: / / / / / / / / /									

Familienname: _____ Vorname: _____

Staatsbürgerschaft: Beruf: Geburtsdatum:

Familienstand:	ledig	verheiratet	geschieden	Geschlecht:	männlich	weiblich
	Lebensgemeinschaft		verwitwet	Soz. Vers.Nr.		

Ich beantrage als ☐ HauptmieterIn ☐ EigentümerIn die Gewährung einer Wohnbeihilfe nach den Bestimmungen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes – WWFG 1989 – für die Wohnung in Wien

Bezirk: Adresse: Nutzfläche: m²

Wohnkostenbeihilfe während Zivil/Präsenzdienst ja nein in der Höhe von mtl. EUR _____ ab _____

Für den Erwerb der Wohnung wurde ein ☐ kein Eigenmittellersatz(Förderungs)darlehen gewährt.
Kredit Nr. _____, Monats- ☐ Halbjahresraten in der Höhe von EUR _____, zahlbar ab _____

Für die Sanierung der Wohnung wurde ein ☐ ein ☐ kein geförderter Verbesserungskredit gewährt.
Kredit Nr. _____, Halbjahresraten in der Höhe von EUR _____, zahlbar ab _____

Die Wohnung wird von folgenden Personen bewohnt:

	Familienname	Vorname	SVNr./Geb.Datum	Stellung zu AntragstellerIn	Höhe der Einkommen
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					

Die umseitig angeführten Hinweise und Bedingungen bei einem allfälligen Bezug einer Wohnbeihilfe habe ich zur Kenntnis genommen.

Zutreffendes bitte ankreuzen!

Wien am, _____

Unterschrift

HINWEISE

Der Antrag auf Gewährung einer Wohnbeihilfe kann ausschließlich von HauptmieterInnen, Nutzungsberechtigten bzw. EigentümerInnen frühestens bei Vorliegen der Meldung (Hauptwohnsitz erforderlich) eingebracht werden.

DIESEM ANTRAG SIND DER NACHWEIS über die Zahl der im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen (**PERSONALDOKUMENTE**), deren **EINKOMMEN**, eine **BESTÄTIGUNG DES WOHNUNGSaufwandes** durch die Hausverwaltung (gilt nicht für Wohnungen, die von der Gemeinde Wien selbst verwaltet werden), der **MIET-, NUTZUNGS- oder KAUFVERTRAG** sowie **BESCHEIDE ÜBER ZUERKENNUNG ODER ABWEISUNG VON WOHNKOSTENBEIHLIFE** anzuschließen. Qualitativ hochwertige Kopien von Originalurkunden werden anerkannt.

AUSLÄNDER/INNEN haben für die letzten 5 Jahre eine **AUFENTHALTSBEWILLIGUNG** für Österreich nachzuweisen; bei mit öffentlichen Mitteln durchgeführten Sanierungsarbeiten reicht bereits das Vorliegen einer Beschäftigungsbewilligung oder eines Befreiungsscheines aus.

KEINEN ANSPRUCH AUF WOHNBEIHLIFE HABEN:

- EigentümerInnen von ungeforderten Wohnungen oder von Eigenheimen sowie von mit öffentlichen Mitteln sanierten Wohnungen
- BewohnerInnen von Heimplätzen und von Wohnungen, die wie Heimplätze gefördert wurden
- Nutzungsberechtigte von Kleingartenwohnhäusern
- MieterInnen, die selbst (Mit)EigentümerInnen der Liegenschaft sind, sowie MieterInnen, die in einem Naheverhältnis zum/zur VermieterIn einer ungeforderten Wohnung stehen. Nahe stehende Personen sind in der Regel der/die Ehegatte/gattin, der/die eingetragene Partner/in, (Enkel)Kinder, der/die Lebensgefährte/gefährtin, (Groß-, Schwieger-)Eltern, Geschwister, Onkel, Tante, Nefte, Nichte, Cousin, Cousine, Schwager und Schwägerin
- AusländerInnen, die sich weniger als 5 Jahre legal in Österreich aufhalten
- Ehemalige ÖsterreicherInnen, die eine fremde Staatsbürgerschaft erworben haben

ERWERB EINER FREMDEN STAATSBÜRGERSCHAFT DURCH ÖSTERREICHERINNEN UND ÖSTERREICHER:

Wer freiwillig eine fremde Staatsbürgerschaft erworben hat, hat dadurch grundsätzlich die österreichische Staatsbürgerschaft verloren, außer die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft wurde vor dem Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit mit schriftlichem Bescheid bewilligt.

Durch den Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft ab dem Zeitpunkt der Verleihung der fremden Staatsbürgerschaft ist der Aufenthalt in Österreich illegal, sodass im Sinne des § 9 Abs. 2 Z 1 und 2 WWFSG 1989 keine Wohnbeihilfe gewährt werden darf. Der Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft um Wohnbeihilfe zu erhalten, z.B. durch Vorlage des Reisepasses, kann somit strafbar sein.

BEDINGUNGEN FÜR PERSONEN DIE WOHNBEIHLIFE BEZIEHEN

Der/die EmpfängerIn der Wohnbeihilfe ist verpflichtet, jede Änderung der Einkommens- und Haushaltsverhältnisse sowie des Wohnungsaufwandes binnen einem Monat dem Magistrat der Stadt Wien - Magistratsabteilung 50 zu melden.

Ein auf Grund dieses Antrags zuerkannter Wohnbeihilfeanspruch erlischt u. a., wenn die Miet-, Nutzungs- bzw. Eigentumsrechte enden (z.B. Kündigung des Mietverhältnisses etc.), die Wohnung an Dritte überlassen wird, bzw. wenn die umseitig angeführten Personen nicht ausschließlich über diese Wohnung verfügen.

Zu Unrecht bezogene Wohnbeihilfen sind rückzuerstatten, noch nicht rückerstattete Beträge werden in jedem Fall von einer neu gewährten Beihilfe einbehalten. Festgesetzte Rückzahlungsfristen bzw. vereinbarte Ratenzahlungen sind in diesem Fall gegenstandslos.

Die auf Grund dieses Antrags gewährte Wohnbeihilfe wird, wenn die monatliche Bezahlung der fälligen Mietzinse nicht nachgewiesen wird, direkt an die jeweilige Hausverwaltung angewiesen.

Unrichtige Angaben ziehen strafrechtliche Folgen nach sich!

ERKLÄRUNG ÜBER WEITERE EINKOMMEN

(Beilage zum Antrag auf Wohnbeihilfe, bitte unbedingt ausfüllen!)

Familienname: _____ Vorname: _____

Bezirk: _____ Adresse: _____

An die
Magistratsabteilung 50
Wohnbeihilfe
Heiligenstädter Straße 31/Stiege 3
1190 Wien

Ich erkläre an Eides statt, dass ich und die mit mir im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen außer auf den beigelegten Einkommensnachweisen angegebenen Einkünften

keine folgende

Einkünfte gemäß § 2 bzw. § 29 Einkommensteuergesetz 1988 bzw. allfällige ausländische Einkünfte beziehen. Die umseitig angeführten Hinweise habe ich zur Kenntnis genommen.

Unterschrift

Ich bin in Ausbildung und nehme zur Kenntnis, dass mein Unterhaltsanspruch anhand von unter www.help.gv.at sowie www.justiz.gv.at veröffentlichten Prozentsätzen vom Nettoeinkommen der unterhaltspflichtigen Eltern berechnet wird und die Wohnbeihilfenstelle davon ausgeht, dass der Unterhalt im errechneten Ausmaß, wenn auch nicht belegbar, in Natural und Geld geleistet wird.

oder

Ich bin in Ausbildung und nehme zur Kenntnis, dass zwecks Ermittlung der Unterhaltsleistung ein erweitertes Verfahren unter Einladung der unterhaltspflichtigen Eltern durchgeführt werden wird.

Unterschrift

Ich ersuche um Überweisung der Wohnbeihilfe
auf mein Girokonto an die Hausverwaltung per Post.

Unterschrift

Nur bei ungeforderten oder sanierten Wohnungen: Ich erkläre an Eides statt, dass ich nicht (Mit)EigentümerIn der Liegenschaft oder Wohnung bin und zur Vermieterin oder zum Vermietern in keinem Naheverhältnis gemäß § 2 Z 11 WWFSG 1989 stehe. *)

Unterschrift

Wien, _____

Zutreffendes bitte ankreuzen! *) Siehe Rückseite

HINWEISE

WENN SIE KEIN EINKOMMEN NACHWEISEN KÖNNEN, kann leider **keine Wohnbeihilfe** gewährt werden! Sie müssen **zumindest ein Einkommen in der Höhe des Richtsatzes für Ausgleichszulagen** nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz **nachweisen oder zumindest einmal über einen ununterbrochenen Zeitraum von 12 Monaten in den letzten 10 Jahren vor Antragstellung** erzielt haben.

Richtsätze für Personen, die Ausgleichszulage empfangen

Monatliches Nettoeinkommen			
Jahr	1 Erwachsene Person	2 Erwachsene Personen	je Kind
2020	EUR 917,35	EUR 1.363,54	EUR 142,92
2019	EUR 885,47	EUR 1.327,62	EUR 136,63
2018	EUR 863,04	EUR 1.293,98	EUR 133,16
2017	EUR 844,46	EUR 1.266,13	EUR 130,30
2016	EUR 837,76	EUR 1.256,08	EUR 129,26
2015	EUR 827,82	EUR 1.241,19	EUR 127,73
2014	EUR 813,99	EUR 1.220,44	EUR 125,59
2013	EUR 794,91	EUR 1.191,84	EUR 122,65
2012	EUR 773,26	EUR 1.159,37	EUR 119,31
2011	EUR 752,94	EUR 1.128,89	EUR 78,91
2010	EUR 744,01	EUR 1.115,50	EUR 77,97

Zu den Einkünften des § 2 EStG 1988 zählen:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
2. Einkünfte aus selbständiger Arbeit
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen
(z. B. Zinsen aus Darlehen, Anteilen, Einlagen, Guthaben bei Banken, Hypotheken)
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
7. sonstige Einkünfte im Sinne des § 29,
(z. B. Alimente, Firmenpensionen, Unterstützungsbeiträge der Eltern etc.)

§ 2 Z 11 Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989:

Nahe stehende Personen sind in der Regel EhegattInnen, eingetragene PartnerInnen, Kinder, Enkelkinder, LebensgefährtnInnen, Eltern, Groß- und Schwiegereltern, Geschwister, Onkel, Tanten, Neffen, Nichten, Cousins, Cousinen, Schwager und Schwägerinnen.